

Regina Dontschew Referat Personal im öffentlichen Dienst, öffentliche Schulden

Telefon: 03681 354-271

e-mail: Regina.Dontschew@statistik.thueringen.de

Personal im öffentlichen Dienst am 30. Juni 2010

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes werden jährlich am 30. Juni nach den Bestimmungen des Finanz- und Personalstandstatistikgesetzes ¹⁾ erhoben.

Angesichts der Diskussion um die Verwaltungs- und Gebietsreform sowie der angespannten Finanzlage der öffentlichen Haushalte stehen Angaben über Anzahl und Struktur des Personals im öffentlichen Dienst im Blickpunkt des allgemeinen Interesses.

Die Entwicklung des Personals im öffentlichen Dienst nach Beschäftigungsbereichen, Aufgabenbereiche, Alter, Geschlecht, Umfang und Art des Dienstverhältnisses im Vergleich der Jahre 1998, 2009 und 2010 werden in diesem Aufsatz dargestellt.

Mitte des Jahres 2010 waren im öffentlichen Dienst Thüringens 121 Tsd. Personen beschäftigt. Die größten Arbeitgeber waren das Land und die Gemeinden und Gemeindeverbände. Gegenüber 1998 betrug der Personalrückgang rund ein Fünftel der Beschäftigten.

Gründe waren die Ausgliederungen in den privatwirtschaftlichen Bereich sowie Fusionen der Sozialversicherungen, als auch der häufige Wegfall von Stellen nach dem Ausscheiden älterer Mitarbeiter in den Ruhestand.

Das hatte auch Folgen auf die Altersstruktur der Beschäftigten. Nur 16 Prozent der Beschäftigten (ohne Bund) waren Mitte 2010 jünger als 35 Jahre, aber der Anteil der Generation 50 plus lag bei 46 Prozent. Die seit 1998 tarifvertragliche Regelung der Altersteilzeit im öffentlichen Dienst wurde von den älteren Mitarbeitern verstärkt genutzt. 13 Prozent der Gesamtbeschäftigten wählten diese Möglichkeit des frühzeitigen Ausscheidens aus dem aktiven Arbeitsleben.

Vorbemerkungen

Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst

Entsprechend den Bestimmungen des Gesetzes über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst werden jährlich am 30. Juni die Beschäftigten bei öffentlichen Arbeitgebern erhoben.

¹⁾ Gesetz über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (Finanz - und Personalstatistikgesetz - FPStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 2006 (BGBI. I S. 438)

Zu den öffentlichen Arbeitgebern gehören im unmittelbaren öffentlichen Bereich die Gebietskörperschaften Bund, Land, Gemeinden und Gemeindeverbände mit ihren Behörden, Gerichten und Verwaltungen, die rechtlich unselbständigen Einrichtungen und die Zweckverbände.

Zum mittelbaren öffentlichen Bereich zählen die selbständigen öffentlich-rechtlichen Einrichtungen (Anstalten und Stiftungen) unter Bundes- und Landesaufsicht sowie die Sozialversicherungsträger und die Bundesagentur für Arbeit.

Des Weiteren werden die Beschäftigten der rechtlich selbständigen Einrichtungen und Unternehmen in privater Rechtsform mit überwiegend öffentlicher Beteiligung (mehr als 50 Prozent mittelbare oder unmittelbare öffentliche Beteiligung am Stimmrecht oder Nennkapital) erfasst, auch als staatliche und kommunale Fonds, Einrichtungen und Unternehmen bezeichnet.

Sie werden mit einem verkürzten Merkmalskatalog erhoben und sind im Aufsatz nur nachrichtlich aufgeführt.

Grundlage für die Einbeziehung in die statistische Erfassung des Personal-Ist-Bestandes ist ein unmittelbares Dienst- oder Arbeitsvertragsverhältnis mit einer berichtspflichtigen Dienststelle und in der Regel der Bezug von Gehalt, Entgelt, Vergütung oder Lohn aus den Haushaltsmitteln der Berichtsstelle.

Beschäftigte, die Mutterschafts- oder Krankengeld beziehen sind ebenfalls einbezogen.

Erfasst werden außerdem geringfügig Beschäftigte und ohne Bezüge beurlaubte Beamte und Arbeitnehmer. Sie werden hier nur informativ dargestellt.

Beschäftigte im öffentlichen Dienst Thüringens insgesamt

Am 30. Juni 2010 hatten in Thüringen 121 290 Beschäftigte einen Dienst- oder Arbeitsvertrag mit einem Arbeitgeber des unmittelbaren bzw. mittelbaren öffentlichen Dienstes. Das waren 80 Personen weniger als am 30. Juni 2009.

Nicht in den Personal-Ist-Bestand einbezogen sind die 1 650 ohne Bezüge beurlaubten und die 1 871 geringfügig Beschäftigten.

Gegenüber 1998 betrug der Personalrückgang 35 100 Personen bzw. rund ein Rückgang gegenüber Fünftel der Beschäftigten. Gründe waren Personalreduzierungen, Ausgliederungen in den privatwirtschaftlichen Bereich bzw. Fusionen der Sozialversicherungen.

1998 betrug 35 100 Personen

Beschäftigte im öffentlichen Dienst

Merkmal	1998	2009	2010
Beschäftigte insgesamt	156 390	121 370	121 290
Beamte/Richter/Soldaten	30 105	42 626	42 474
Arbeitnehmer	126 285	78 744	78 816
Vollzeitbeschäftigte	199 220	79 462	77 530
Teilzeitbeschäftigte (einschl. Altersteilzeit)	37 170	41 908	43 760
Teilzeitquote in Prozent	23,8	34,5	36,1

Außerdem wurden am 30. Juni 2010 in den rechtlich selbstständigen, öffentlich bestimmten Unternehmen in privater Rechtsform 28 409 Personen beschäftigt. Seit 1998 verringerte sich in diesem Bereich die Mitarbeiterzahl um 4 470 Personen. Sie sind nicht in der Gesamtbeschäftigtenzahl des öffentlichen Dienstes enthalten.

öffentlich-rechtlichen

35 Prozent der Be- Von den 121 290 Beschäftigten standen 42 474 Beamte, Richter und Soldaten schäftigten standen in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis. Das waren 35 Prozent der Beschäf-2010 in einem tigten. Die Erhöhung des Anteils der Beamten um 16 Prozentpunkte gegenüber dem Jahr 1998 ist sowohl auf den Anstieg der Zahl der Beamten und Richter Dienstverhältnis (+ 12 369) als auch auf den Rückgang der Arbeitnehmer (- 47 469) zurückzuführen.

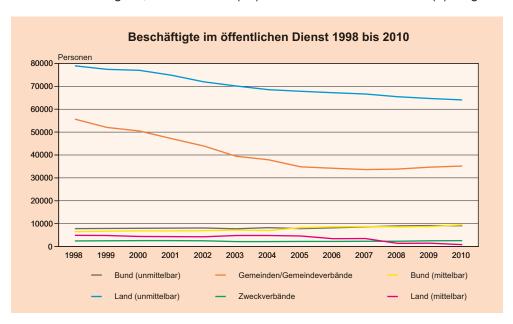
> Die Zahl der Arbeitnehmer mit einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis betrug 78 816 Personen und sank gegenüber 1998 um 38 Prozent.

> Die Nutzung von Teilzeitmodellen jeglicher Art besonders im Landesbereich führte in den vergangenen Jahren zu einem verstärkten Rückgang der Vollzeitbeschäftigten und einem Anstieg der Teilzeitbeschäftigung. Dieser Trend setzte sich im Jahr 2010 fort.

> Die Teilzeitquote, die den Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den Gesamtbeschäftigten darstellt, stieg von 1998 bis 2010 um 12 Prozentpunkte an und gegenüber 2009 waren es fast 2 Prozentpunkte.

Beschäftigte nach Beschäftigungsbereichen

In Thüringen wurden mit der Personalstandstatistik am 30. Juni 2010 insgesamt 121 290 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes erfasst. 32 Beschäftigte waren außerhalb Thüringens, u.a. in Berlin (27) und bei der EU in Brüssel (5) tätig.



Mitte 2010 zählten zum unmittelbaren öffentlichen Dienst 110 901 Mitarbeiter. Im Land waren 64 030 Personen beschäftigt, die kommunalen Arbeitgeber hatten 35 204 und die Zweckverbände 2 582 Mitarbeiter. Der Bund beschäftigte in Thüringer Dienststellen, Behörden, Gerichten und Einrichtungen 9 085 Personen (einschließlich Berufs- und Zeitsoldaten).

Im mittelbaren öffentlichen Dienst waren es 10 389 Beschäftigte, davon im Bundesdienst (Bundesanstalt für Arbeit, Sozialversicherungsträger unter Bundesaufsicht) 9 501 und im Landesdienst (Sozialversicherungsträger unter Landesaufsicht, Anstalten, Körperschaften, Stiftungen) 888 Beschäftigte.

Beschäftigte nach Beschäftigungsbereichen

				Da	von
Beschäftigungsbereich	1998	2009	2010	Vollzeit-	Teilzeit-
				besch	äftigte
Unmittelbarer öffentlicher					
Dienst	144 894	111 085	110 901	69 640	41 261
Bund	7 836	9 174	9 085	8 436	649
dar. Berufs- und					
Zeitsoldaten	4 048	5 730	5 737	5 724	13
Land	78 913	64 678	64 030	39 496	24 534
Gemeinden und					
Gemeindeverbände	55 664	34 692	35 204	19 594	15 610
Zweckverbände	2 481	2 541	2 582	2 114	468
Mittelbarer öffentlicher					
Dienst	11 496	12 285	10 389	7 890	2 499
Bund	6 557	8 779	9 501	7 172	2 329
Land	4 939	1 506	888	718	170
Insgesamt	156 390	121 370	121 290	77 530	43 760
außerdem:					
Rechtlich selbständige öffentliche Unternehmen	32 879	27 709	28 409	20 126	8 283

Unmittelbarer öffentlicher Dienst:

Im Dienst des Bundes (Bundesbehörden und -gerichte, Bundeswehr, rechtlich unselbständige Einrichtungen; einschließlich Bundeseisenbahnvermögen) wurden Mitte 2010 insgesamt 9 085 Mitarbeiter beschäftigt. Darunter waren 5 737 Berufs- und Zeitsoldaten. Im Vergleich zum Jahr 2009 wurden 89 Mitarbeiter weniger gezählt.

Von den 9 085 Beschäftigten waren 8 436 mit voller Arbeitszeit und 649 als Teilzeitkräfte eingesetzt. Der Anteil der 9 085 Bundesbediensteten an den Beschäftigten des unmittelbaren öffentlichen Dienstes insgesamt lag in Thüringen bei acht Prozent.

Der größte öffentliche Arbeitgeber war 2010 das Land Thüringen. In seinem Dienst standen 64 030 Personen, davon arbeiteten 39 496 mit der vollen und 24 534 mit verkürzter Arbeitszeit.

Ein Jahr zuvor gab es mit 64 678 Landesbedienstete 648 mehr. Im Vergleich zum 15 000 Beschäftigte Jahr 1998 betrug der Rückgang 14 883 Personen.

beim Land seit 1998 weniger

Innerhalb dieser Zeitspanne gab es eine deutliche Verschiebung von Vollzeit- zu Teilzeitbeschäftigung. Gegenüber 1998 haben sich die Vollzeitbeschäftigten um 24 994 Personen bzw. 39 Prozent verringert. Dagegen hat sich die Zahl der Teilzeitbeschäftigten von 14 423 auf 24 534 Personen erhöht.

Im Vergleich zum Jahr 2009 sank die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten um 1 150 und die der Teilzeitbeschäftigten stieg um 502 Personen. Der Anstieg der Teilzeitbeschäftigten resultiert aus den am 31.12.2009 auslaufenden Modellen der gesetzlichen und tariflichen Altersteilzeit.

Diese Entwicklung schlägt sich bei der Berechnung der Teilzeitquote und der Voll- Die Teilzeitquote lag zeitäquivalente (Vollzeitbeschäftigte plus auf Vollzeitbeschäftigte umgerechnete 2010 bei 38 Prozent Teilzeitbeschäftigte) nieder. Die Teilzeitquote betrug 38 Prozent Mitte 2010. Das war gegenüber dem Jahr 2009 ein Anstieg um einen Prozentpunkt und gegenüber 1998 um 20 Prozentpunkte.

Besonders beeinflusst wurde die Entwicklung über den gesamten Zeitraum durch die Nutzung der Arbeitszeitmodelle im schulischen Bereich und die Regelungen zur Altersteilzeit.

Ganz deutlich stellt sich das beim Vergleich der Teilzeitquoten bei den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen dar. Arbeiteten in diesem Bereich mit 32 Prozent im Jahr 1998 vergleichsweise schon viele Personen in Teilzeit, erreichte dieser Anteil Mitte 2009 und 2010 55 bzw. 56 Prozent.

Bezogen auf die Einwohnerzahl betrug die Personalausstattung 28,57 Beschäftigte je 1 000 Einwohner.

24,51 Vollzeitäquivalente je 1 000 Einwohner

Berücksichtigt man die Teilzeitbeschäftigten mit ihrem echten Arbeitsvolumen, indem über den individuellen Arbeitszeitfaktor alle Teilzeitbeschäftigten in Vollzeitbeschäftigte umgerechnet werden (= Vollzeitäquivalente - VZÄ), dann ergibt das eine Personalintensität von 24,51 VZÄ je 1 000 Einwohner (2009: 24,72).

Der Durchschnitt der Flächenländer Deutschlands lag bei 19,69 VZÄ je 1 000 Einwohner.

Beschäftigte des Landes in Vollzeitäquivalenten je 1 000 Einwohner

	Aufgabenbereich	1998	2009	2010
0-8	Kernhaushalt	27,01	19,99	19,62
0	Allgemeine Dienste	9,27	8,44	8,35
1 11,12	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten Allgemeinbildende und berufliche Schulen	15,09 12,25	9,46 9,14	9,17 8,84
13	Hochschulen	2,37	-	0,0
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolge-			
	aufgaben, Wiedergutmachung	0,41	0,10	0,09
3	Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	0,47	0,35	0,34
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung			
	und kommunale Gemeinschaftsdienste	0,17	0,36	0,35
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	0,34	0,54	0,53
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	0.07	0.05	0.05
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	-,-	,	.,
7 8		0,34	0,33	0,39
0	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund-, Kapital- und Sondervermögen	0,83	0,36	0,36
0-8	Sonderrechnungen	3,45	4,73	4,89
13	Hochschulen	-	4,60	4,76
132	Hochschulkliniken	1,77	1,91	1,96
312	Krankenhäuser	1,05	-	-
8	Wirtschaftsunternehmen	0,05	0,09	0,09
Insges	Insgesamt		24,72	24,51

gegenüber 1998

37 Prozent weniger Der zweite wichtige öffentliche Arbeitgeber sind die Gemeinden und Gemeinde-Beschäftigte im kom- verbände (Gemeindeverbände: Landkreise und Verwaltungsgemeinschaften). Sie munalen Bereich beschäftigten Mitte 2010 insgesamt 35 204 Mitarbeiter, das sind 512 Beschäftigte mehr als am 30. Juni 2009. Gegenüber 1998 wurde das Personal um 20 460 Mitarbeiter bzw. 37 Prozent reduziert.

> Der Anstieg gegenüber 2009 ergab sich einerseits aus der Kommunalisierung von Schulhorten, andererseits aus der Rückführung von Kindertagesstätten aus der freien Trägerschaft in die Kommunalhaushalte.

Beschäftigte in Gemeinden und Gemeindeverbänden nach Gebietskörperschaftsgruppen

				Da	von
Gebietskörperschaftsgruppe	1998	2009	2010	Vollzeit-	Teilzeit-
				besch	äftigte
Kreisfreie Städte	12 415	9 459	9 502	5 935	3 567
Kreisangehörige Gemeinden	25 098	13 734	13 989	7 274	6 715
Verwaltungsgemeinschaften	2 953	1 868	1 826	785	1 041
Landkreise	15 198	9 631	9 887	5 600	4 287
Insgesamt	55 664	34 692	35 204	19 594	15 610

Von den 35 204 Beschäftigten arbeiteten 19 594 als Vollzeit- und 15 610 als Teilzeitkräfte. Im Vergleich zum 30. Juni 2009 hatten die Gemeinden und Gemeindeverbände 603 Vollzeitbeschäftigte weniger und 1 115 Teilzeitkräfte mehr beschäftigt. Das ergab eine Teilzeitguote von 44 Prozent. Gegenüber dem Jahr 2009 ist die Quote um 2 Prozentpunkte gestiegen.

Die Personalausstattung der Gemeinden und Gemeindeverbände lag 2010 bei 13,49 Vollzeitäquiva-15,71 Personen je 1 000 Einwohner. Werden die Teilzeitbeschäftigten über ihren lente je 1 000 Arbeitszeitfaktor auf Vollzeitäquivalente umgerechnet, ergibt das eine Personal- Einwohner intensität von 13,49 VZÄ je 1 000 Einwohner (2009: 13,46).

Im Vergleich lag die durchschnittliche Personalintensität der Flächenländer Deutschlands bei 13,65 VZÄ je 1 000 Einwohner.

Die Vergleichbarkeit der einzelnen Flächenländer ist durch die unterschiedliche Aufgabenverteilung zwischen Länder- und kommunalen Bereichen jedoch nur eingeschränkt möglich.

Beschäftigte der Gemeinden und Gemeindeverbände in Vollzeitäquivalenten je 1 000 Einwohner

	Aufgabenbereich	1998	2009	2010
0-8	Kernhaushalt	17,87	12,36	12,41
0	Allgemeine Verwaltung	3,84	3,23	3,17
02, 05,	S S	,	•	,
06, 08	Übrige allgemeine Verwaltung	2,45	1,95	1,95
1	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	1,61	1,57	1,58
2	Schulen	1,73	1,05	1,12
3	Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	1,79	0,62	0,61
4	Soziale Sicherung	3,22	2,77	2,85
46	Einrichtungen der Jugendhilfe	2,17	1,49	1,57
5	Gesundheit, Sport, Erholung	1,55	0,75	0,75
6	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	1,66	1,03	1,04
7	Öffentliche Einrichtungen,			
	Wirtschaftsförderung	2,26	1,26	1,24
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines			
	Grund- und Sondervermögen	0,21	0,06	0,06
0-8	Sonderrechnungen	2,01	1,10	1,08
51	Krankenhäuser	1,28	_	_
8	Wirtschaftsunternehmen	0,07	0,21	0,15
Insgesa	mt	19,88	13,46	13,49

In den kommunalen Zweckverbänden waren Mitte 2010 insgesamt 2 582 Personen beschäftigt, 41 mehr als ein Jahr zuvor. Gegenüber 1998 hat sich ihre Zahl um 101 Personen erhöht. Der überwiegende Teil (82 Prozent) war vollzeitbeschäftigt.

Mittelbarer öffentlicher Dienst:

Bei den erfassten Einrichtungen des mittelbaren öffentlichen Dienstes wurden 10 389 Beschäftigte gezählt, das waren 104 mehr als im Jahr 2009. Der mittelbare Bundesdienst mit Arbeitsort Thüringen beschäftigte Mitte 2010 insgesamt 9 501 Mitarbeiter, darunter 5 010 Mitarbeiter in der Bundesagentur für Arbeit. Der Personalzuwachs um 722 Personen resultiert aus der Fusion der IKK zu IKK classic unter Bundesaufsicht.

Weitere 3 289 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, vor allem bei fusionierten und unter Landesaufsicht von Sachsen stehenden Sozialversicherungsträgern, versehen ihren Dienst in Thüringen. Sie sind nicht in der Zahl der Thüringer Beschäftigten enthalten, sondern in Sachsen.

Beschäftigte nach Aufgabenbereichen

Von den 64 030 Beschäftigten des Landes waren 51 287 Personen in den Kernhaushalten (alle brutto geführten Ämter, Behörden, Gerichte und unselbständigen Einrichtungen) tätig, 1 116 bzw. 18 630 weniger als 2009 bzw. 1998. Bei den Sonderrechnungen (alle aus dem Kernhaushalt ausgegliederten rechtlich unselbständigen Einrichtungen, i.d.R. Landesbetriebe) wie z.B. die Hochschulen und die Uniklinik Jena, waren es 12 743 Personen Mitte 2010 gegenüber 12 275 Personen ein Jahr zuvor und 8 996 Beschäftigte im Jahr 1998.

Die Verschiebungen zwischen den Kernhaushalten und Sonderrechnungen in den Jahren 1998 bis 2010 ergeben sich aus dem veränderten Haushaltsvollzug der Hochschulen. Ab 2008 werden sie wie Landesbetriebe geführt.

Fast die Hälfte der

Der personalstärkste Bereich des Kernhaushaltes war der Bereich Bildungswesen, Landesbediensteten Wissenschaft, Forschung und kulturelle Angelegenheiten mit 25 588 Personen. ist im Schulbereich Darunter waren 24 754 Personen und damit fast jeder zweite Landesbedienstete tätig im Schulbereich beschäftigt. Gegenüber dem Jahr 2009 wurde der Personalbestand an den Schulen um 990 Personen reduziert. Gegenüber dem Jahr 1998 betrug der Personalabbau 7 841 Personen.

Beschäftigte des Landes nach Aufgabenbereichen

	Aufgabenbereich	1998	2009	2010
0-8	Kernhaushalt	69 917	52 403	51 287
0	Allgemeine Dienste	23 101	20 525	20 314
1 2	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeauf-	40 206	26 568	25 588
_	gaben, Wiedergutmachung	1 037	282	254
3	Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 180	909	886
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	431	939	916
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	850	1 345	1 333
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe,			
_	Dienstleistungen Verkehrs- und Nachrichtenwesen	185	140	142
7	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines	848	828	991
	Grund-, Kapital- und Sondervermögen	2 079	866	863
0-8	Sonderrechnungen	8 996	12 275	12 743
13	Hochschulen (einschl. Hochschulkliniken)	-	11 943	12 425
132	Hochschulkliniken	4 701	4 923	5 018
312	Krankenhäuser	2 702	-	-
Insge	samt	78 913	64 678	64 030

Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten im Schulbereich sank gegenüber dem 30. Juni 2009 um 603 auf 10 908 Personen und die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 387 auf 13 846 Personen. 56 Prozent der Beschäftigten im Schulwesen waren teilzeitbeschäftigt. Im Jahr 2009 waren es 55 Prozent.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete 2010 der Bereich Allgemeine Dienste mit 20 314 Beschäftigten. Gegenüber dem Jahr 2009 sank die Anzahl (- 211) geringfügig. 40 Prozent der Landesbediensteten im Kernhaushalt arbeiteten in diesem Bereich.

Im Jahr 2010 waren von den 35 204 Beschäftigten bei Gemeinden und Gemeindeverbänden (Gemeindeverbände: Landkreise und Verwaltungsgemeinschaften) 32 544 in den Kernhaushalten tätig. Gegenüber 2009 waren das 543 mehr bzw. gegenüber 1998 17 889 Personen weniger.

Beschäftigte der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich	1998	2009	2010
0-8 Kernhaushalt	50 433	32 001	32 544
0 Allgemeine Verwaltung	10 402	8 365	8 303
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	4 146	3 841	3 906
2 Schulen	4 809	2 981	3 267
3 Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	5 438	1 639	1 621
4 Soziale Sicherung	9 497	7 398	7 675
5 Gesundheit, Sport, Erholung	4 515	1 917	1 905
6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	4 381	2 550	2 623
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	6 594	3 139	3 093
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund-			
und Sondervermögen	651	161	151
0-8 Sonderrechnungen	5 231	2 691	2 660
51 Krankenhäuser	3 376	-	-
Insgesamt	55 664	34 692	35 204

Die personalintensivsten Bereiche der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände waren die Allgemeine Verwaltung und die Soziale Sicherung. Fast jeder Jeder zweite kommuzweite Beschäftigte des kommunalen Bereichs wurde in diesen Aufgabenbereichen nale Beschäftigte in eingesetzt.

Zur Allgemeinen Verwaltung gehören vor allem die Aufgabenbereiche Gemeindeund Kreisorgane, Rechnungsprüfung, Haupt- und Finanzverwaltung.

Mehr als die Hälfte der 7 675 Beschäftigten des sozialen Bereiches waren in Kindertageseinrichtungen (4 207 Personen) tätig. Gegenüber 2009 hat sich die Zahl der Beschäftigten in den Kindertagesstätten um 278 Personen erhöht.

Den anzahlmäßig größten Personalabbau seit 1998 verzeichneten die Bereiche Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege, Gesundheit, Sport, Erholung und Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung zu einem großen Teil durch den Wegfall fast aller ABM-Kräfte.

Von den 2 582 Beschäftigten in den Zweckverbänden waren 1 798 Personen im Aufgabenbereich Wasserversorgung und 340 bzw. 213 Personen bei der Abwasserund Abfallbeseitigung tätig.

Beschäftigte nach Alter und Geschlecht

Der Personalabbau und die restriktive Einstellungspolitik der vergangenen Jahre Nur 16 Prozent der blieben im öffentlichen Dienst nicht ohne Folgen auf die Altersstruktur der Beschäftigten sind tigten. Mit 15 973 Personen betrug der Anteil der Mitarbeiter, die jünger als 35 Jahre jünger als 35 Jahre

den Bereichen Allgemeine Verwaltung und Soziale Sicherung

sind, Mitte 2010 rund 16 Prozent an den 102 704 Gesamtbeschäftigten (ohne Bund). In diesen Angaben sind die 875 Personen ohne Bezüge beurlaubten Mitarbeiter unter 35 Jahren nicht berücksichtigt. Diese Mitarbeiter werden u.a. nach beendetem Erziehungsurlaub wieder den öffentlichen Arbeitgebern zur Verfügung stehen.

2010 waren wie im Vorjahr 15 Prozent der Landesbediensteten und 16 Prozent der Beschäftigten der Gemeinden und Gemeindeverbände in Thüringen unter 35 Jahren. Darin sind die 2 943 Auszubildenden, Referendare und Anwärter des Landes und der Kommunen enthalten.

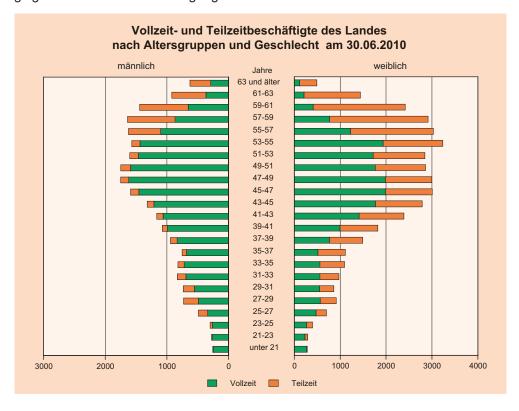
Beschäftigte nach Altersgruppen am 30. Juni 2010

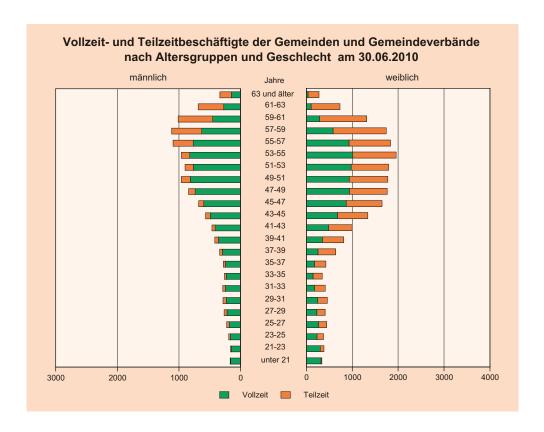
Altersgruppen	Land	Gem./GV		
von bis unter Jahren	Anteil in Prozent			
unter 25	2,9	5,1		
25 – 35	12,5	10,5		
35 – 45	22,1	17,0		
45 – 55	35,8	37,4		
55 - 63	24,9	28,1		
63 und mehr	1,8	1,9		

Die Altersstruktur der 64 030 Landesbediensteten und 35 204 Beschäftigten der Gemeinden und Gemeindeverbände geben die nachfolgenden Grafiken wieder. Dabei wird insbesondere die Teilzeitbeschäftigung nach Umfang, Altersgruppen und Geschlecht deutlich. Die Altersteilzeitbeschäftigten sind in den Teilzeitbeschäftigten enthalten.

Von den 64 030 Landesbediensteten waren 39 816 Frauen und 24 214 Männer. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten bei den Frauen betrug 49 Prozent, das waren 19 525 Personen. Bei den Männern arbeiteten 5 009 Personen in Teilzeit.

In den Gemeinden und Gemeindeverbänden waren 22 664 Frauen und 12 540 Männer tätig. 55 Prozent der Frauen (12 491) und 25 Prozent der Männer (3 119) gingen einer Teilzeitbeschäftigung nach.





Beschäftigte in Altersteilzeit

Mit 13 398 Beschäftigten des unmittelbaren und mittelbaren öffentlichen Dienstes (ohne Bund) nutzte Mitte 2010 fast jeder zweite Beschäftigte der Altersgruppe ab 55 Jahre (47 Prozent) die Möglichkeit der Altersteilzeit.

Im unmittelbaren öffentlichen Dienst waren es 13 332 Personen, 2 145 mehr als ein Jahr zuvor.

Es handelt sich dabei um 4 431 Personen in Gemeinden und Gemeindeverbänden und 267 bei Zweckverbänden. Beim Land waren es 8 634 Personen.

Von den 13 332 Personen befanden sich 9 179 Personen in der aktiven Phase (Arbeitsphase und Teilzeitmodell), 2 302 mehr als ein Jahr zuvor. In der Freistellungsphase befanden sich 4 153 Beschäftigte, 157 weniger als am 30. Juni 2009.

Beschäftigte in Altersteilzeit am 30. Juni 2010

Modell	Unmittelbarer öffentlicher Dienst (ohne Bund)	Land	Gemeinden/ Gemeinde- verbände	Zweck- verbände
Altersteilzeit	13 332	8 634	4 431	267
Blockmodell Arbeitsphase Blockmodell Freistellungsphase Teilzeitmodell	8 572 4 153 607	5 724 2 660 250	2 663 1 417 315	185 76 6

Im mittelbaren Landesdienst nutzten 66 Beschäftigte ein Altersteilzeitmodell.

In den Bundesbehörden und Einrichtungen des unmittelbaren und mittelbaren Dienstes waren am 30. Juni 2010 1 067 Personen in Altersteilzeit.

Personal in Ausbildung

Ausbildungszahlen gestiegen

Ende Juni 2010 betrug die Anzahl der Auszubildenden im unmittelbaren öffentlichen Dienst (ohne Bund) 3 041 Personen. Das waren 160 Azubis mehr als ein Jahr zuvor.

In den Behörden und Einrichtungen des Landes erhielten 2 000 Personen (2009: 1 942 Personen), darunter 1 511 als Referendare und Anwärter eine Ausbildung u.a. für den Dienst bei der Polizei, den Gerichten und Staatsanwaltschaften, in Schulen und bei der Steuer- und Finanzverwaltung.

Gemeinden und Gemeindeverbände bildeten 943 Personen aus, schwerpunktmäßig Arbeitnehmer im Bereich der Allgemeinen Verwaltung.

In den Zweckverbänden wurden 98 Azubis ausgebildet.

Der Anteil der Auszubildenden an den Gesamtbeschäftigten lag beim Land bei 3,1 Prozent und bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden bei 2,7 Prozent.

In den Landesbehörden des mittelbaren öffentlichen Dienstes gab es 23 Auszubildende.

Geringfügig Beschäftigte

Im Rahmen der Personalstandstatistik werden auch die Beschäftigten im öffentli-chen Dienst mit einer geringfügigen Alleinbeschäftigung erhoben. Sie werden nur nachrichtlich erfasst, sind also in den Beschäftigtenzahlen insgesamt nicht enthalten.

Zum Stichtag 30. Juni 2010 waren 1 871 Personen (ohne Bund) in einem Beschäftigungsverhältnis tätig, für das sie monatlich nicht mehr als 400 Euro erhalten, davon 116 beim Land, 1 714 in den Gemeinden und Gemeindeverbänden, 29 in den Zweckverbänden und 12 im mittelbaren öffentlichen Dienst.

Beurlaubte Beschäftigte

Ebenfalls nachrichtlich, weil nicht zum Personal-Ist-Bestand gehörend, werden die ohne Bezüge beurlaubten Beschäftigten erfasst. Es handelt sich dabei zum größten Teil um junge Personen, vor allem Frauen, die sich im Erziehungsurlaub befinden.

Mitte 2010 waren es insgesamt (ohne Bund) 1 650 Personen (2009: 1 692). Zum Land gehörten davon 1 233 Personen, zu den Gemeinden und Gemeindeverbänden 393 Personen, 10 Personen zu Zweckverbänden und 14 zum mittelbaren öffentlichen Dienst.

Nach dem Dienstverhältnis handelt es sich dabei um 688 Beamte und Richter und 962 Arbeitnehmer.